



**BERLININFO**

**NR. 6**

**15. April 2016**



**Mechthild Heil MdB**  
**CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

[www.mechthild-heil.de](http://www.mechthild-heil.de) | [www.facebook.com/MechthildHeil](https://www.facebook.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal geht eine Woche voller Informationen zu Ende.

Den Anfang machte am Montag die Kreistagssitzung in MyK. Neben einem Treffen der Landesgruppe, der Koalitionsrunde der Landwirte, der AG Recht, der Fraktions-sitzung, den Ausschüssen, der aktuellen Stunde zu Steueroasen und den Debatten, Abstimmungen und meiner Rede im Plenum, standen viele interessante Gespräche auf meinem Terminplan:

- Austausch mit der Staatssekretärin für Verbraucherschutz des Berliner Senats zum Thema Veröffentlichung von Hygienemängeln.
- Gespräch mit der Schutzgemeinschaft für Bankkunden, die eine unserer heimischen Banken abgemahnt hatte.
- Herr Dr. Schweitzer, Präsident DIHK, war Gast beim Parlamentskreis Mittelstand und referierte über die Abfallwirtschaft.
- Der Hamburger Erzbischof Dr. Stefan Heße erläuterte seine Vorstellungen als neuer Flüchtlingsbeauftragter der kath. Kirche.
- Mit Herrn Vangerow, Runder Tisch Reparatur, diskutierte ich die Möglichkeiten der Reparatur von technischen Geräten und den Weg hin zu mehr Ressourcenschonung.
- Mit Herrn Tenhagen von Finanztip ([www.finanztip.de](http://www.finanztip.de)) habe ich mich über sein Informationsportal zu Themen wie Rente und Krankenkassen unterhalten.
- Eine Kollegin informierte mich über die geplanten Änderungen im Jagdgesetz.
- Die Gruppe der Frauen hatte die Staatssekretärin Fr. Dr. Emily Haber eingeladen, die uns mit Zahlen und viel Hintergrundwissen die Situation zum Familiennachzug der Flüchtlinge erläuterte.

Ihre  
*M. Heil*

**Deutscher Bundestag**  
**Platz der Republik 1**  
**11011 Berlin**  
**Tel. (030) 227 77040**  
**Fax (030) 227 76423**

## **Textilien fair produzieren**

Am Donnerstag habe ich zu diesem Thema im Plenum des Deutschen Bundestags gesprochen. Ich finde dieses Thema hat politisch, öffentlich und vor allem in den Köpfen und Entscheidungen der Verbraucher deutlich an Fahrt gewonnen. Denn heute geht es vielen nicht mehr nur darum ob eine Bluse gut aussieht oder ein Kaffee gut schmeckt, sondern eben auch, ob die Güter „fair“ produziert wurden. Ich glaube Deutschland befindet sich hier auf einem sehr guten Weg. Das liegt vor allem an der Arbeit im Wirtschafts- und Entwicklungsministeriums (BMZ). Deutschland geht voran, sei es mit dem freiwilligen Textilbündnis, in dem sich mittlerweile 55% der deutschen Textilindustrie für bessere Arbeits- und Sozialstandards verpflichtet haben. Dazu dienen auch Freihandelsabkommen, wie TTIP, die weltweite Arbeitsstandards setzen können. Am Ende werden es aber vor allem Sie als Kunde entscheiden, ob die Bereitschaft besteht, für fair produzierte Kleidung mehr zu zahlen. Meine Rede können Sie hier ansehen: <http://dbtg.tv/fvid/6753934>



© Deutscher Bundestag /  
Achim Melde

## Finanzieller Verbraucherschutz

In dieser Woche habe ich mich mit Hermann-Josef Tenhagen von Finanztip und den Eheleuten Schädler, Vorstand der Schutzgemeinschaft für Bankkunden, getroffen. Bei beiden Vereinen handelt es sich um gemeinnützige Organisationen. Dabei ging es um die großen Themen, wie die Ausgestaltung der gesetzlichen und privaten Altersvorsorge aber auch um „kleinere“ Themen, wie einzelne Testkäufe in Geldinstituten. Testkäufe klingen ja erst einmal gut, aber all zu oft führen sie leider nicht zu mehr Verbraucherschutz, sondern fördern nur die Bürokratie. So auch in einem Fall, der mir aus dem Wahlkreis berichtet wurde. Ein Testkäufer wurde mit einem Flyer der Bank versorgt, indem naturgemäß nicht alle Infos standen. Daraufhin gab es eine Abmahnung—auch für eine nicht aufgeführte Gebühr, die bei dieser Bank noch nie kostenpflichtig war-. Die Konsequenz daraus, ab sofort erhält jeder Kunde ein dickes Packet an Informationen. Hilft ihm das? Kann das die Lösung sein?



Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es zentral, die Situation für Sparer weiter zu verbessern, sei es bei der Frage der Altersvorsorge, aber auch bei der Eröffnung eines Bankkontos. Dafür haben wir seit der Finanzkrise bereits rund 40 Gesetze verabschiedet, die den Finanzmarkt für die Verbraucher regulieren sollen. Zuletzt übrigens mit dem Zahlungskontengesetz, das u.a. den Bankkontenwechsel erleichtern soll und vor allem die Preise für ein Girokonto vergleichbar macht. Die Situation für Verbraucher bei der Krankenversicherung, beim Internetvergleich oder einfach beim Zugang zu einfachen und übersichtlichen Informationen zu verbessern, dafür werde ich mich weiter einsetzen. Dabei bin ich auch weiterhin für Ihre Anfragen und Hinweise dankbar, wenn Sie das Gefühl haben, das etwas in die falsche Richtung läuft.

## Integrationsgesetz kommt

Die CDU geführte Bundesregierung hat sich in dieser Woche auf ein Integrationsgesetz geeinigt. Für Deutschland ist es das erste Integrationsgesetz. Es werden 2 wesentliche Ziele verfolgt: zum einen die Flüchtlingsbewegung zu ordnen und zu steuern, zum anderen die Menschen zu integrieren. Durch „fordern und fördern“ sollen die hier ankommenden Menschen besser in Ausbildung und Arbeitsmarkt integriert werden. Dafür werden vor allem Sprachkurse und Hilfe bei der Berufsausbildung im Mittelpunkt der Integration zur Verfügung gestellt. Die Regierung um Bundeskanzlerin Angela Merkel setzt damit ein wichtiges Zeichen und schafft damit die Grundlagen das Integration besser funktionieren kann und vor allem die Menschen die hier herkommen eine Perspektive haben. Das gesamte Eckpunktepapier der Bundesregierung finden Sie hier:

[https://www.cducsu.de/sites/default/files/eckpunkte\\_integrationsgesetz.pdf](https://www.cducsu.de/sites/default/files/eckpunkte_integrationsgesetz.pdf)

## Fördern und Fordern

**Pflicht zur Integration wird Gesetz**

**Die Eckpunkte für das geplante Integrationsgesetz tragen die klare Handschrift der CDU: Wir wollen die Integration der zu uns kommenden Menschen fördern. Gleichzeitig fordern wir von ihnen eigene Anstrengungen ein. Wer sich weigert, muss mit Konsequenzen rechnen.**

**So wollen wir unsere Sprache und unsere Werte vermitteln:**

- Wer Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommt, wird zu Integrationsmaßnahmen verpflichtet. Wer diese ablehnt, erhält weniger Leistungen.
- Nur wer eindeutige Leistungen zur Integration erbracht hat, kann unbefristet bleiben. Zu diesen Leistungen zählen deutsche Sprachkenntnisse, eine Ausbildung oder ein Arbeitsplatz. Zudem dürfen keine Sicherheitsbedenken bestehen.
- Mehr Personen als bisher müssen an einem Integrationskurs teilnehmen: Eine Teilnahme ist künftig auch für Frauen und Männer mit einfachen Deutschkenntnissen Pflicht.
- Das Angebot zusätzlicher Orientierungskurse wird geprüft. Mit diesen sollen bei längeren Asylverfahren neben Wertevermittlung und Sprachkursen auch Vorbereitungen und Hilfen für eine Rückkehr ins Heimatland angeboten werden.

**So wollen wir den Zugang zum Arbeitsmarkt ordnen:**

- Schutzberechtigten wird ein Wohnort zugewiesen. Das soll die gleichmäßige Verteilung im Land sicherstellen. Neue soziale Brennpunkte werden so vermieden.
- Wir schaffen Rechtssicherheit: Wer eine Ausbildung macht, darf für die Dauer dieser Ausbildung bleiben. Hat er danach einen Job, darf er weitere 2 Jahre bleiben. Ohne Job wird die Duldung zunächst nur für 6 Monate zur Arbeitsplatzsuche verlängert.
- Die Zeitarbeit soll auch für Asylbewerber und Geduldete geöffnet werden. Die Vorrangprüfung wird dort für 3 Jahre ausgesetzt, wo der Arbeitsmarkt dies erlaubt.

**Für die CDU ist klar: Bei der Integration gibt unsere Leitkultur den Rahmen vor. Wer zu uns kommt, muss sich an die Gesetze halten, unsere Werte achten und Deutsch lernen.**

## „Wohnzimmer-Gespräche“

In den kommenden Monaten biete ich neben Sprechstunden im Wahlkreisbüro auch wieder ihre "Wohnzimmer-Gespräche" für alle Bürgerinnen und Bürger an. Es sollen richtig private Runden werden – die Öffentlichkeit bleibt draußen. Jeder, dem ein Thema am Herzen liegt, sei es bundespolitisch oder vor Ort relevant, kann sich ab sofort mit meinem Wahlkreisbüro in Verbindung setzen. Ort und Zeit sind frei vereinbar. Das Treffen kann dann bei den Bürgern daheim im Wohnzimmer stattfinden, aber auch in der Kneipe, dem Vereinsheim oder an anderen Orten. Einzige Voraussetzung: Es sollen vier oder auch mehr Personen eingeladen werden. Mein Wahlkreisbüro in Ahrweiler ist erreichbar unter Telefon (02641) 99 01 33 oder per E-Mail: mecht-hild.heil@wk.bundestag.de .



## Besuch in der Dorfbäckerei Genn in Wehr



Mein Besuch in der Bäckerei Genn war sehr aufschlussreich für mich. Bäckermeister Rolf Genn, seines Zeichens auch Obermeister der Bäckerinnung im Kreis Ahrweiler, hatte mich eingeladen, mir die Betriebsabläufe in einem traditionellen Handwerksbetrieb anzuschauen. Traditionelle Bäckereien sehen sich in den letzten Jahren einer stetig wachsenden Konkurrenz der Discounter mit ihren Backautomaten ausgesetzt. Diese haben durch den preiswerten Import von tiefgefrorenen Teiglingen aus Fernost nicht wett zu machende Kostenvorteile. Rolf Genn legte mir dar, dass sich der „Dorfbäcker“ heutzutage nur dann halten kann, wenn er seine Ware weiterhin unter höchsten Qualitätsansprü-

chen produziere und vielfältigen Kundenservice bietet. Es liegt bei uns Verbrauchern, das örtliche Handwerk zu unterstützen, denn die Vorteile für uns liegen auf der Hand. Die Rohstoffe kommen überwiegend aus der Region und in den Meisterbetrieben finden Menschen wohnortnah eine Ausbildung und Arbeit. Der gesamte Entstehungsprozess vom Teig bis zum fertigen Brötchen liegt in einer Hand, deshalb kann ihr Bäcker vor Ort Ihnen auch kompetent alle Fragen rund um Brot, Brötchen und Kuchen beantworten. Das ist zwar aufwendiger und kostet auch ein bisschen mehr, aber bessere Qualität und Service sollte uns das wert sein!

## Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Ahrweiler

Eine **Bürgersprechstunde** in meinem Wahlkreisbüro biete ich am **Mittwoch, 4. Mai 2016**, an. Von 10.00 bis 12.00 Uhr stehe ich in der Bossardstr. 3, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, politisch Interessierten Rede und Antwort. Ich bitte um **Voranmeldung** unter Tel. (0 26 41) 990133 oder per E-Mail: mecht-hild.heil@wk.bundestag.de gebeten.



## Die politische Lage in Deutschland

Die Enthüllungen über versteckte Gelder in Panama bestätigen den von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eingeschlagenen Kurs. Fast 100 Staaten bekennen sich mittlerweile zu dem auf der Berliner Steuerkonferenz im Oktober 2014 vereinbarten neuen Standard für einen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. Danach beschaffen sich die Staaten bestimmte Informationen von bei ihnen bestehenden Finanzinstituten und tauschen diese Daten jährlich mit anderen Staaten und Gebieten aus. Zu den meldepflichtigen Informationen gehören u. a. Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden, Einnahmen aus bestimmten Versicherungsverträgen, Guthaben auf Konten oder Erlöse aus der Veräußerung von Finanzvermögen. Betroffene Finanzinstitute sind u.a. Banken, Verwahrstel-

len, Makler und näher bestimmte Versicherungsgesellschaften.

Nicht zuletzt durch die Initiative Wolfgang Schäubles haben wir in den vergangenen drei Jahren mehr erreicht als in den dreißig Jahren zuvor. Weil die nötige Transparenz nur durch internationale Zusammenarbeit auf der Basis einheitlicher Informationsmerkmale geschaffen werden kann, müssen wir den Kreis an kooperationswilligen Ländern weiter ausbauen. Wir erwarten, dass es auf dem nächsten G7-Gipfel in Japan für diesen Kurs weltweit noch mehr Unterstützung geben wird. Wolfgang Schäuble beabsichtigt zudem, auch schon über die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds weitere Impulse zu setzen.

In der Innenpolitik müssen jetzt wichtige Vorhaben vorangebracht werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière bereitet ein Integrationsgesetz und schärfere

Regelungen zur Terrorismusbekämpfung vor. Bei der Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Regelungen zur Leiharbeit und zu Werkverträgen gehen wir über den Koalitionsvertrag auf keinen Fall hinaus. Unsere Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen im weltweiten Wettbewerb. Dazu braucht sie ihre ganze Kraft und darf deshalb nicht weiter belastet werden.

CDU und CSU haben vereinbart, ein gemeinsames Konzept vorzulegen, wie wir Deutschland fit machen wollen für die Zukunft. Wir werden darin u.a. Antworten geben, wie wir dem rasanten weltwirtschaftlichen Wandel begegnen werden. Wir werden Antworten geben auf das umfassende Sicherheitsbedürfnis der Menschen in unserem Land. Wir werden Antworten darauf geben, wie wir Wachstum als den eigentlichen Motor der wirtschaftlichen Entwicklung unterstützen können.

## Daten und Fakten

**Bundesländer gewinnen unterschiedliche Zuwanderergruppen.** Für welche Zielregionen innerhalb Deutschlands sich Zuwanderer aus Drittstaaten mit befristeten Aufenthaltstiteln entscheiden, unterscheidet sich zwischen den Bundesländern deutlich. Zu diesem Schluss kommt eine Auswertung des IW Köln. Entscheidend für die Wahl des Zielortes sind mehrere Faktoren: Die Lage am Arbeitsmarkt, die Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung, die Attraktivität als Wohnort sowie die Zahl bereits dort lebender Personen aus demselben Herkunftsland oder der gleichen Region. In südlichen Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg ist dabei der Anteil der Personen mit Aufenthaltstiteln zur Erwerbstätigkeit mit 19 bzw. 14,6 Prozent überdurchschnittlich hoch, was auf die dort vorherrschende sehr gute Arbeitsmarktlage zurückzuführen ist. Berlin ist mit einem Anteil von 12,4 Prozent besonders attraktiv für Personen, die zur Ausbildung in Deutschland sind. Gleichzeitig zieht es besonders viele Menschen (29 Prozent) mit Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen – vor allem anerkannte Flüchtlinge – nach Nordrhein-Westfalen, wo bereits Landsleute leben und entsprechende Strukturen und Gemeinschaften aufgebaut haben.

**(Quelle: IW Köln)**

**Zahl der Baugenehmigungen steigt rapide.** Im Januar 2016 wurden in Deutschland 26.300 Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 34,5 Prozent oder 6.700 Genehmigungen. Eine höhere Zahl genehmigter Wohnungen in einem Januar hatte es zuletzt im Jahr 2006 gegeben. Dabei entfielen 21.600 Genehmigungen (82,1 Prozent) auf Neubauwohnungen in Wohngebäuden, was einem Plus von 31,3 Prozent gegenüber dem Januar 2015 entspricht. Die Genehmigungen für Wohnungen in Wohnheimen erreichten einen Zuwachs von 46,3 Prozent auf 1.173. Auch die Zahl der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, die durch Um- bzw. Ausbaumaßnahmen zu neuen Wohnungen geführt haben, erreichte im Januar 2016 mit knapp 4.500 Wohnungen den höchsten Januarwert seit 1996.

**(Quelle: Statistisches Bundesamt)**